



## **Kleine Anfrage**

**Torsten Warnecke (SPD) und Günter Rudolph (SPD)**

### **Straßenausbaubeiträge**

#### **Vorbemerkung:**

Die in vielen hessischen Kommunen diskutierten Fragen um eine mögliche Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen schlagen vor Ort hohe Wellen. Ist doch offenbar eine rechtssichere Lösung und sind rechtssichere Auskünfte bislang nicht vorhanden. Damit geraten die ehren- und hauptamtlichen kommunalpolitisch Tätigen in große Probleme zwischen politischem Wollen und unsicheren Möglichkeiten. Hat doch der Eindruck, wonach die Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen problemlos umsetzbar ist, Regelungen im Rahmen des Satzungsrechtes nicht allein für die Zukunft, sondern auch für Gegenwart und Vergangenheit umsetzbar sind, für große Verunsicherung und potentielle Rechtsstreitigkeiten gesorgt.

#### **Wir fragen die Landesregierung:**

1. Wie sehen die Kriterien für eine rückwirkende, zugleich rechtssichere Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen aus?
2. Können rechtskräftige Straßenbeitragssatzungen, auf deren Grundlage Beiträge für den Straßenbau erhoben werden, rückwirkend für mehrere Jahre aufgehoben werden, auch wenn die zugrundeliegende Satzung keine rechtlichen Beanstandungen zulassen?
3. Wenn ja, ist eine auf die einzelnen zurückliegenden Jahre bezogene Abschaffung möglich, wenn die in dem jeweiligen Jahr rückwirkend betrachtete Haushaltssituation dies zugelassen hätte?  
Wenn ja, ist eine auf einen Gesamtzeitraum von Jahren bezogene Abschaffung möglich, wenn allein der derzeitige Haushalt dennoch ausgeglichen wäre?
4. Spielt für eine rückwirkende Abschaffung der Zeitraum ebendieser Rückwirkung eine Rolle, beispielsweise ein Dreijahreszeitraum?
5. Spielt für eine rückwirkende Abschaffung die finanzielle Situation der Kommune eine Rolle?
6. Ist die Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen möglich, wenn Steuern, vornehmlich die Grundsteuer, erhöht würde, vor dem Hintergrund des Urteils des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes vom 17. April 2014 (Verpflichtung Beitragserhebung bei Haushaltsdefizit)?
7. Sind Beschlüsse zur nachträglichen Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen auch dann rechtssicher, wenn von der Abschaffung Beschlussfassende profitieren sollten?
8. Ist vor den Kommunalwahlen mit einem Förderprogramm für den Kommunalstraßenbau zu rechnen, um den Kommunen, zumindest für die grundsätzliche Erneuerung ebensolcher Straßen ohne Beiträge der Bürgerinnen und Bürger, Unterstützung zukommen zu lassen?

Wiesbaden, 13. Dezember 2019

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Torsten Warnecke', written in a cursive style.

Torsten Warnecke

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Günter Rudolph', written in a cursive style.

Günter Rudolph